

Energiewende in Ottobeuren

19.05.2026 · Umwelt & Zukunft · aktualisiert 28.05.2026

<https://robert-blasius.de/energiewende-in-ottobeuren/>



KURZFASSUNG

Worum es in diesem Artikel geht

Dieser Artikel ordnet die aktuelle Debatte über Photovoltaik, Windkraft, Windvorranggebiete, die Unterschriftensammlung für ein Bürgerbegehren und den Bebauungsplan „Sondergebiet PV-Anlage Oberhaslach“ ein.

- Sorgen um Landschaft, Wald, Artenschutz und Lebensqualität sind berechtigt. Sie brauchen aber Fakten, keine Angstbilder und übertriebene Sharepics.
- Ein Windvorranggebiet bedeutet nicht, dass ein konkreter Windpark bereits beschlossen ist.
- Die derzeit kursierende Unterschriftenliste für ein Bürgerbegehren betrifft Grundstücke des Marktes Ottobeuren und nicht automatisch private oder staatliche Flächen.
- Der Bebauungsplan „Sondergebiet PV-Anlage Oberhaslach“ ist öffentlich abrufbar. Er bestätigt: Geplant ist keine Agri-PV, sondern klassische Freiflächen-Photovoltaik.

Gleichzeitig enthält er Vorgaben zu Eingrünung, extensiver Pflege, Verzicht auf Herbizide und mineralische Düngung, möglicher Beweidung, Ausgleichsflächen und Rückbau.

- Bürgerbeteiligung ist mehr als ein Nein am Ende. Wer früh mitgestaltet, kann über Standorte, Abstände, Beteiligungsmodelle, Ausgleichsmaßnahmen und regionale Wertschöpfung mitreden.
- Wer kommunale Flächen pauschal ausschließt, verhindert nicht zwingend Windkraft. Er kann aber die Gestaltungsmöglichkeiten der Gemeinde schwächen — und am Ende privaten Projektierern mehr Raum lassen.
- Die zentrale Frage bleibt: Wie soll Energiewende gelingen, wenn sie überall befürwortet, aber vor Ort verhindert wird?

Wer genauer wissen möchte, warum ich zu dieser Einschätzung komme, findet im Folgenden die ausführliche Langfassung.

UPDATE · STAND: 20.05.2026

Aktualisierung: Was im Bebauungsplan steht

Nach einem Hinweis aus dem Marktgemeinderat habe ich zusätzlich den [Bebauungsplan „Sondergebiet PV-Anlage Oberhaslach“](#) eingesehen. Er bestätigt: Geplant ist keine Agri-PV, sondern eine klassische Freiflächen-Photovoltaikanlage.

Der Bebauungsplan ist öffentlich abrufbar und kann laut Bekanntmachung auch im Rathaus eingesehen werden. Formal ist damit Transparenz hergestellt. Praktisch bleibt aber die Frage, ob solche Unterlagen für normale Bürgerinnen und Bürger leicht genug auffindbar und verständlich genug erklärt sind.

Der Bebauungsplan enthält konkrete Vorgaben zur Eingrünung, extensiven Pflege, zum Verzicht auf Herbizide und mineralische Düngung, zu später Mahd, möglicher Schaf- oder Rinderbeweidung, Ausgleichsflächen und Rückbau nach Ende der Nutzung.

Das macht aus der Anlage keinen unsichtbaren Eingriff. Der Umweltbericht benennt ausdrücklich, dass das Landschaftsbild erheblich verändert wird.

Aber die Darstellung, hier würden Wiesen einfach sterben oder Natur ersatzlos zerstört, greift deutlich zu kurz.

Gerade gegenüber intensiv genutztem Grünland kann eine solche Fläche ökologisch aufgewertet werden, wenn die festgelegten Pflege- und Ausgleichsmaßnahmen umgesetzt

und kontrolliert werden.

Daran wird sichtbar, warum dieser Debatte mehr konkrete Informationen und weniger Symbolbilder gutgetan hätten.

Wir müssen über Fakten statt Angstbilder sprechen

In Ottobeuren wird seit Anfang des Jahres heftig über Photovoltaik und Windkraft debattiert und teilweise gestritten. Das überrascht mich nicht. Es geht um Landschaft, Landwirtschaft, Wald, Ortsbild, Eigentum, Energieversorgung und um die Frage, wie viel Veränderung wir unserer Heimat zumuten wollen.

Das ist keine Nebensache, sondern betrifft uns hier vor Ort.

Es geht dabei nicht nur um Zustimmung oder Ablehnung. Es geht auch darum, ob Ottobeuren die Energiewende selbst mitgestalten will oder ob am Ende andere über Flächen, Beteiligung und Wertschöpfung entscheiden.

In den vergangenen Wochen und Monaten sind dazu Bilder, Flyer und Aushänge aufgetaucht. Sie hängen in Schaufenstern, werden über WhatsApp geteilt und tauchen in sozialen Netzwerken auf. Auf den ersten Blick sieht das aus wie eine Bürgerinitiative, die sich Sorgen um Natur und Heimat macht.

Diese Sorgen gibt es und man muss sie ernst nehmen.

Genau deshalb habe ich selbst nachgefragt: Im Bürgerbüro Ottobeuren konnte man mir zu den konkreten PV-Plänen keine inhaltliche Auskunft geben, weil dort bislang vor allem baurechtliche Anfragen beziehungsweise Verfahren zur Änderung des Flächennutzungsplans eine Rolle spielen. Beim Regionalwerk Unterallgäu bekam ich dagegen die Auskunft: Nach aktuellem Stand ist keine Agri-PV geplant, sondern klassische Freiflächen-Photovoltaik.

Das ist ein wichtiger Unterschied. Und es zeigt: Wer wissen will, was tatsächlich geplant ist, muss manchmal direkt bei den Stellen nachfragen, die das Projekt betreuen.

Auf den zweiten Blick wird es aber schwieriger. Denn manche dieser Bilder stellen nicht einfach Fragen. Sie arbeiten mit starken Zuspitzungen: „**Unsere Ottobeurer Heimat in Gefahr**“, „**Wälder fallen**“, „**Wiesen sterben**“, „**Tiere verlieren ihr Zuhause**“. Dazu Windräder, Photovoltaik, Baumstämme und die Basilika in einem dramatischen Gesamtbild.

Das bleibt hängen und genau deshalb müssen wir darüber sprechen.

Warum ich schreibe

Mich lässt es nicht kalt, wenn mit einfachen Bildern Stimmung gegen Projekte gemacht wird, bevor viele überhaupt wissen, was tatsächlich geplant ist und was noch offen ist.

Besonders hilflos fühlt es sich an, wenn solche Bilder kurz vor einer Wahl rasend schnell durch WhatsApp-Gruppen, Schaufenster und soziale Netzwerke wandern.

Es stört mich aber nicht, weil Menschen Fragen stellen oder weil Sorgen um Landschaft, Natur oder Lebensqualität unwichtig wären. Im Gegenteil: Wer solche Sorgen hat, verdient ehrliche Antworten, nachvollziehbare Planung und echte Beteiligung.

Aber genau deshalb will ich einordnen, was belegt ist, was geprüft werden muss und wo aus berechtigter Sorge ein verzerrtes Bild entsteht.

Sorgen ernst nehmen

Natürlich darf man gegen einzelne Projekte sein. Niemand muss eine Photovoltaikfläche oder ein Windrad automatisch gut finden, nur weil es erneuerbare Energie liefert.

Man muss sogar fragen, ob eine Fläche geeignet ist oder ob der Artenschutz ausreichend geprüft wird oder Landwirtschaft verdrängt wird. Auch ob Anwohnerinnen und Anwohner betroffen sind oder der Blick auf die Landschaft leidet und ob Bürgerinnen und Bürger rechtzeitig informiert wurden, sind berechnete Fragen.

Problematisch wird es dort, wo aus offenen Fragen fertige Bedrohungsbilder werden. Wenn Wiesen pauschal „sterben“. Wenn Baumstämme den Eindruck erwecken, für erneuerbare Energien würden sinnlos Wälder zerstört. Wenn Windräder so ins Bild gesetzt werden, dass nicht mehr erklärt, sondern vor allem erschreckt wird.

Solche Bilder müssen nicht exakt stimmen, um zu wirken. Sie müssen nur oft und schnell genug geteilt werden. In der WhatsApp-Gruppe, im Schaufenster, in den sozialen Medien oder beim Einkaufen. Irgendwann bleibt nicht mehr die Frage hängen, was tatsächlich geplant ist, sondern nur noch das Gefühl: Da kommt etwas Gefährliches auf uns zu.

Und gegen dieses Gefühl kommen Fakten nur schwer an.

Aber genau deshalb brauchen wir sie.

Bilder machen Stimmung

Bilder prägen diese Debatte stärker als Zahlen. Deshalb lohnt sich ein genauer Blick: Welche Motive werden genutzt? Welche Wirkung entsteht? Und was nehmen wir in derselben Landschaft längst als selbstverständlich hin?

Die folgende Bildstrecke zeigt unterschiedliche Motive dieser Debatte: ein öffentlich sichtbares Bauzaunplakat im Ottobeurer Umfeld, von mir fotografiert; ein von ProNatur Ottobeuren verbreitetes Sharepic, das ich hier wegen seiner Bildsprache und Aussagen kritisch einordne; sowie ein öffentlich verbreitetes Logo/Sharepic der Initiative, das im Rahmen der Berichterstattung gezeigt wird.

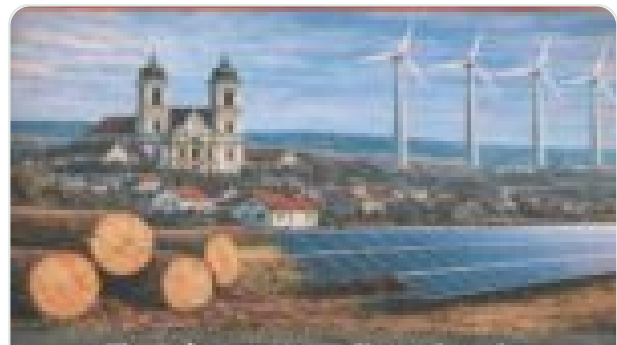
Danach folgen eigene Landschaftsbilder als Gegenperspektive. Windräder am Horizont sind sichtbar, keine Frage. Aber sind sie wirklich der massive Bruch im Landschaftsbild, als der sie oft dargestellt werden? Und was ist mit derselben Bergkulisse, vor der parkende Autos, Verkehr und versiegelte Infrastruktur längst zum Alltag gehören? Darüber regen wir uns selten so laut auf.

Der Blick zurück nach Ottobeuren zeigt: Das ist echte Heimat, nicht nur Symbolkulisse. Und auch Windräder können Teil einer Kulturlandschaft sein, natürlich sichtbar, technisch und vielleicht gewöhnungsbedürftig, aber nicht automatisch ein Angriff auf Landschaft und Heimat. Genau deshalb sollten wir diese Debatte nicht mit Angstbildern führen, sondern mit Fakten, Transparenz und ehrlicher Abwägung.



Bauzaunplakate

Es zeigt, dass die Debatte nicht nur online geführt wird, sondern auch im öffentlichen Raum sichtbar ist. Foto: Robert Blasius.



„Heimat in Gefahr“

Ein von ProNatur Ottobeuren verbreitetes Sharepic. Es wird hier im Rahmen der Berichterstattung und kritischen Einordnung gezeigt, weil seine Bildsprache und Aussagen Teil der öffentlichen Debatte sind.



Ja, aber nein?

Das Motiv sagt sinngemäß „Ja zur Energiewende“, streicht aber zugleich Windkraft und Photovoltaik symbolisch durch. Genau dieser Widerspruch steht im Zentrum der Diskussion.



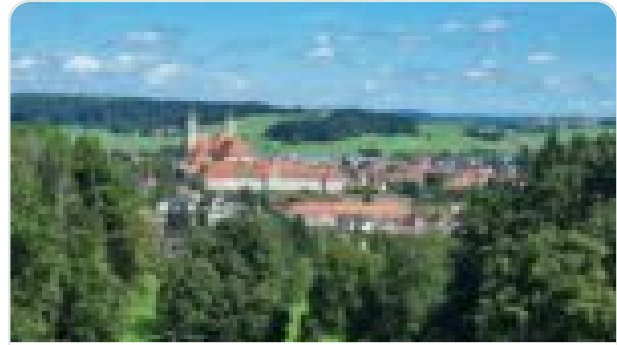
Kaum sichtbar

Windräder am Horizont: sichtbar, ja. Aber sind sie wirklich der massive Bruch im Landschaftsbild, als der sie oft dargestellt werden?



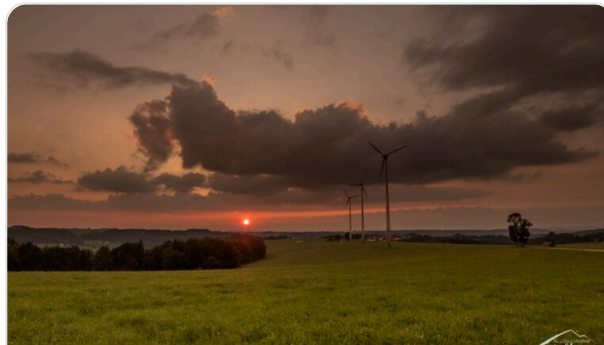
Aber das ist normal?

Dieselbe Bergkulisse, andere Störung: parkende Autos, Verkehr und versiegelte Infrastruktur gehören längst zum Alltag. Darüber wird meist deutlich leiser diskutiert.



Unsere Heimat

Der Blick zurück nach Ottobeuren zeigt: Heimat ist mehr als eine Symbolkulisse. Gerade deshalb verdient die Debatte Sorgfalt, Fakten und ehrliche Abwägung.



Kulturlandschaft

Auch Windräder können Teil einer Kulturlandschaft sein: sichtbar, technisch und vielleicht gewöhnungsbedürftig, aber nicht automatisch ein Angriff auf Landschaft und Heimat.

Transparenz für alle

Inzwischen gibt es eine Webseite von ProNatur Ottobeuren mit Impressum. Dort wird ein Vertreter der Initiative genannt. Das ist gut, denn wer öffentlich in eine Debatte eingreift, sollte auch öffentlich ansprechbar sein.

Gleichzeitig bleibt Transparenz mehr als ein Impressum. Auf der Webseite werden konkrete Angaben zu geplanten Windkraftanlagen, Freiflächen-PV, Flächenverfügbarkeit und zur Wirkung eines Bürgerbegehrens gemacht. Gerade solche Aussagen sollten nachvollziehbar belegt sein: Woher stammen die Angaben? Was ist bereits beschlossen, was ist Projektannahme, was ist Einschätzung der Initiative?

Verwaltung, Gemeinderat und Regionalwerk müssen offen erklären, was geplant ist. Aber auch Bürgerinitiativen sollten sich an diesem Maßstab messen lassen. Gerade dann, wenn sie mit starken Bildern, Bauzaunplakaten und Begriffen wie „Heimat in Gefahr“ öffentliche Stimmung erzeugen.

Heimat verändert sich

Ich mag den Begriff Heimat. Ich wohne und lebe hier. Ich will nicht, dass Ottobeuren und seine Ortsteile gedankenlos verändert werden.

Aber Heimat darf nicht bedeuten, dass alles bleiben muss, wie es gerade ist.

Unsere Landschaft ist keine unberührte Natur. Diese Kulturlandschaft ist geschaffen und gewachsen. Gerade deshalb wollen wir sie erhalten: wegen des Artenschutzes, der Artenvielfalt und der lokalen Identität. Sie besteht aus Feldern, Forsten, Straßen, Siedlungen, Gewerbegebieten, Stromleitungen, landwirtschaftlichen Betrieben und Wirtschaftswegen. Sie wurde über Jahrhunderte von Menschen gestaltet.

Auch ein Fichtenforst ist kein Urwald und ein Maisacker ist keine Wildnis. Unsere heutige Energieversorgung hat Folgen, nur liegen diese Folgen oft nicht direkt vor unserer Haustür.

Kohleabbau, Gasförderung, Ölimporte, Pipelines, Kraftwerke, Stromtrassen und Klimaschäden sind ebenfalls Eingriffe in Natur und Landschaft. Wir sehen sie nur häufig nicht, weil sie anderswo stattfinden.

Wenn wir Strom verbrauchen, müssen wir ehrlich darüber sprechen, wo er herkommt.

Selbst gestalten statt später zuschauen

In dieser Debatte geht es nicht nur um die Frage, ob irgendwo ein Windrad oder eine Photovoltaikanlage entsteht. Es geht auch darum, wer darüber mitbestimmt.

Wenn eine Gemeinde frühzeitig gestaltet, kann sie mehr beeinflussen: Welche Flächen kommen überhaupt infrage? Welche Abstände sind sinnvoll? Wie werden Natur- und Artenschutz berücksichtigt? Welche Ausgleichsmaßnahmen gibt es? Können Bürgerinnen und Bürger finanziell beteiligt werden? Bleibt Wertschöpfung in der Region?

Genau hier liegt der Unterschied zwischen kommunaler Steuerung und einem reinen Investorenmodell. Wenn Ottobeuren nur blockiert, heißt das nicht automatisch, dass keine Anlagen entstehen. Es kann auch bedeuten, dass andere später stärker bestimmen: private Grundstückseigentümer, Projektierer, Investoren oder Genehmigungsbehörden.

Bürgerbeteiligung sollte deshalb nicht erst beginnen, wenn ein fertiger Plan auf dem Tisch liegt und nur noch Ja oder Nein bleibt. Gute Beteiligung beginnt früher: bei der Frage, welche Form der Energiewende vor Ort vertretbar ist und wie die Menschen vor Ort daran beteiligt werden.

Vorranggebiet ≠ Windpark

Auf einem der verbreiteten Blätter heißt es sinngemäß, im Südosten Ottobeurens seien Photovoltaikanlagen in Oberhaslach und Boschach mit rund 22 Hektar und fünf Windenergieanlagen mit jeweils 290 Metern Höhe geplant.

Das klingt nach fertigem Bauplan. Ist aber nicht so einfach.

Ein Windvorranggebiet ist zunächst eine planerische Festlegung. Es bedeutet nicht automatisch, dass bereits feststeht, wo exakt ein Windrad steht, wie viele Anlagen gebaut werden, wem sie gehören oder welche Höhe sie am Ende haben. Der Regionalverband Donau-Iller legt geeignete Vorranggebiete fest. Die konkrete Umsetzung wäre ein weiterer Schritt mit eigenen Verfahren, Prüfungen und Genehmigungen.

Diese Unterscheidung ist zentral.

Denn wer so tut, als sei schon alles entschieden, erzeugt Druck. Und Druck erzeugt Empörung. Das mag kurzfristig mobilisieren. Es hilft aber nicht dabei, gute Entscheidungen für Ottobeuren zu treffen.

Was die Gemeinde kann

Die Aussage, die Gemeinde könne Windräder verhindern, wenn sie ihre Flächen nicht zur Verfügung stellt, klingt zunächst beruhigend einfach.

Gemeinde sagt Nein. Problem erledigt.

Leider funktioniert Planung dauerhaft nicht so einfach. In der Region Donau-Iller geht es bei der Windkraft um Vorranggebiete. Innerhalb solcher Gebiete können Windenergieanlagen grundsätzlich privilegiert möglich sein. Außerhalb dieser Gebiete kann Windkraft dagegen weitgehend ausgeschlossen werden.

Das bedeutet: Jetzt geht es um Planungssicherheit für viele Jahre. Wer Einfluss behalten will, muss gestalten. Nicht nur verhindern.

Die Unterschriftenliste für ein Bürgerbegehren

Mittlerweile sammelt ProNatur Ottobeuren auch Unterschriften für ein Bürgerbegehren. Ziel ist, dass Grundstücke im Vorranggebiet „Oberer Wald“, die im Eigentum des Marktes Ottobeuren stehen, nicht für Windkraftanlagen verpachtet oder anderweitig zur Verfügung gestellt werden.

Das klingt zunächst nach einem klaren Hebel: Wenn die Gemeinde ihre Flächen nicht bereitstellt, kommen dort keine Windräder. Ganz so weit reicht das Bürgerbegehren aber nicht.

Denn der Antrag bezieht sich nur auf Grundstücke, die dem Markt Ottobeuren gehören. Er verhindert nicht automatisch Windkraftanlagen auf privaten Flächen oder auf Flächen anderer Eigentümer. Er hebt auch kein Windvorranggebiet auf und ersetzt keine Genehmigungsverfahren.

Wird aus der Unterschriftensammlung später ein zulässiges Bürgerbegehren und daraus ein erfolgreicher Bürgerentscheid, könnte das die kommunale Mitwirkung an bestimmten Standorten begrenzen. Es würde aber nicht zwingend Windkraft im gesamten Gebiet „Oberer Wald“ verhindern.

Auffällig ist außerdem die Begründung des geplanten Bürgerbegehrens bzw. auf der Unterschriftenliste. Dort wird darauf verwiesen, Ottobeuren habe mit 1,8 Prozent seiner Fläche im Vorranggebiet „Hammerberg“ bei Ollarzried seinen Pflichtbeitrag nach dem Wind-an-Land-Gesetz bereits erfüllt. Diese Formulierung klingt, als habe jede Gemeinde eine eigene gesetzliche Quote zu erfüllen und Ottobeuren sei damit fertig.

So einfach ist es nicht. Die Flächenziele für Windenergie werden nicht nach dem Motto „jede Gemeinde exakt 1,8 Prozent“ erfüllt, sondern über Länder, Regionen und Regionalplanung organisiert. Ob ein Gebiet geeignet ist, entscheidet sich deshalb nicht allein daran, ob eine Gemeinde meint, bereits genug getan zu haben.

Politisch bleibt damit die größere Frage: Was passiert, wenn jede Gemeinde sagt, Energiewende ja, aber unsere Flächen nicht? Wo sollen Windkraft, Photovoltaik, Speicher und Netze dann stehen?

Natürlich darf eine Unterschriftensammlung solche Fragen aufwerfen. Bürgerbegehren und Bürgerentscheide gehören zur kommunalen Demokratie. Aber auch der Weg dorthin muss sich an Transparenz, Sachlichkeit und fairer Abwägung messen lassen. Gerade dann, wenn mit starken Bildern und großen Begriffen wie „Heimat“ gearbeitet wird.

Interessant ist: Auf der Webseite schreibt ProNatur selbst, dass die Initiative auf Flächen der Bayerischen Staatsforsten keinen unmittelbaren Einfluss hat und dass eine weitere Fläche in Privatbesitz liegt. Das Bürgerbegehren zielt also auf die Flächen des Marktes Ottobeuren. Das kann politisch ein Hebel sein, ersetzt aber keine Regionalplanung und verhindert nicht automatisch jede Windkraft im Gebiet.

Auf der Webseite wird außerdem dargestellt, der Windpark werde nur gebaut, wenn mindestens drei Anlagen möglich seien; stelle der Markt seine Flächen nicht zur Verfügung, werde es den Windpark „Oberer Wald“ nicht geben. Das ist eine zentrale Behauptung. Gerade deshalb müsste sie für Bürgerinnen und Bürger nachvollziehbar belegt werden.

PV ist keine tote Wiese

Bei den geplanten Photovoltaikflächen bei Oberhaslach und Boschach handelt es sich nach Auskunft des Regionalwerks Unterallgäu nicht um Agri-PV, sondern um klassische Freiflächen-Photovoltaik. Das muss man klar sagen.

Ich bedaure das. Gerade eine Doppelnutzung aus Landwirtschaft und Stromerzeugung hätte viele Sorgen vor Ort besser auffangen können.

Gleichzeitig gilt: Auch klassische Freiflächen-PV ist nicht automatisch eine tote oder versiegelte Fläche. Entscheidend ist, wie sie geplant, gepflegt, begrünt und ökologisch eingebunden wird.

Genau hier lohnt sich der Blick ins Detail. Eine Freiflächen-PV-Anlage kann einfach nur eingezäunt und kurz gehalten werden. Sie kann aber auch extensiv gepflegt werden: mit Blühflächen, später Mahd, weniger Düngung, Verzicht auf Pestizide oder einer angepassten Schafbeweidung. Ob daraus ökologisch etwas Gutes wird, entscheidet nicht das Schlagwort „PV“, sondern die konkrete Planung.

Auch ich möchte genauer wissen: Welche landwirtschaftliche Nutzung fällt weg? Welche ökologische Pflege ist vorgesehen? Wer profitiert? Wie werden Bürgerinnen und Bürger beteiligt? Und welche Rolle spielt das Regionalwerk bei Transparenz und regionaler Wertschöpfung?

Das sind die Fragen, die man stellen sollte.

Nicht: „**Wiesen sterben.**“

ENERGIEFLÄCHEN IN KÜRZE

In der Debatte werden verschiedene Formen erneuerbarer Energie oft vermischt. Die folgenden Punkte ordnen grundsätzlich ein, was Fläche, Versiegelung und Nutzung bedeuten.

- Freiflächen-PV ist nicht automatisch versiegelte Fläche
- Sichtbarkeit und tatsächlicher Bodeneingriff sind nicht dasselbe
- Photovoltaik erzeugt pro Hektar deutlich mehr Strom als Energiepflanzen
- Windkraft prägt das Landschaftsbild, versiegelt aber vergleichsweise wenig Boden
- Agri-PV kann Landwirtschaft und Stromerzeugung auf derselben Fläche verbinden
- Fossile Energien verursachen Eingriffe oft dort, wo wir sie nicht sehen

Details & Quellen

Fläche ist nicht gleich Versiegelung:

In der Debatte um Photovoltaik und Windkraft werden Flächenverbrauch, Sichtbarkeit und Bodenversiegelung oft vermischt. Eine Fläche kann sichtbar genutzt werden, ohne vollständig versiegelt zu sein.

Freiflächen-Photovoltaik:

PV-Freiflächenanlagen nutzen sichtbare Fläche, versiegeln den Boden aber nur zu einem kleinen Teil. Je nach Ausführung bleiben Bodenfunktionen erhalten, Flächen können begrünt, extensiv genutzt oder ökologisch aufgewertet werden.

Agri-Photovoltaik:

Agri-PV verbindet landwirtschaftliche Nutzung und Stromerzeugung auf derselben Fläche. Entscheidend ist die konkrete Ausführung: Modulhöhe, Reihenabstand, Bewirtschaftbarkeit und die Frage, welche landwirtschaftliche Nutzung weiterhin möglich bleibt.

Photovoltaik und Energiepflanzen:

Photovoltaik erzeugt pro Hektar deutlich mehr Strom als Energiepflanzen. Das Umweltbundesamt nennt für neue Photovoltaikanlagen rund 800 MWh Strom pro Hektar und Jahr, für Biogasanlagen mit Mais im Mittel rund 20 MWh.

Windkraft:

Windenergieanlagen sind im Landschaftsbild stark sichtbar. Die direkte Bodenversiegelung ist im Vergleich dazu jedoch begrenzt und betrifft vor allem Fundament, Kranstellfläche und Zuwegung. Sichtbarkeit und tatsächlicher Bodeneingriff sind deshalb nicht dasselbe.

Fossile Energien:

Kohle, Öl und Gas verursachen ebenfalls massive Eingriffe: durch Abbau, Förderung, Transport, Kraftwerke, CO₂-Ausstoß und Klimafolgen. Viele dieser Eingriffe finden nicht vor Ort statt und werden deshalb in lokalen Debatten oft ausgeblendet.

Atomkraft:

Atomkraftwerke benötigen am Kraftwerksstandort vergleichsweise wenig Fläche. Zur Gesamtbeurteilung gehören aber auch Uranabbau, Rückbau, Sicherheitsanforderungen, Endlagerung und langfristige Kosten.

Quellen:

Umweltbundesamt: Photovoltaik-Freiflächenanlagen ,
Umweltbundesamt: Flächenrucksäcke von Gütern und Dienstleistungen ,
Umweltbundesamt: Lärm von Windenergieanlagen ,
Energie-Atlas Bayern: Schall und Infraschall bei Windenergieanlagen ,
Regionalverband Donau-Ilter: Teilfortschreibung Windenergie ,
Regionalwerk Unterallgäu: Informationen zu Freiflächen-PV, Agri-PV, Windkraft und Speicherprojekten

Energiewende konkret

Auf den Bildern der Initiative steht sinngemäß: Ja zur Energiewende — aber mit Herz und Verstand. Als Satz klingt das vernünftig. Ich kann dem sogar zustimmen.

Aber dann muss man auch sagen, was das konkret bedeutet. Wenn Freiflächen-PV, Windkraft und Speicher kritisch gesehen werden und jede sichtbare Veränderung als Bedrohung für die Heimat erscheint, bleibt von diesem Ja zur Energiewende wenig übrig.

Energiewende braucht Flächen, Planung, Kompromisse und Beteiligung. Sie verändert Landschaft. Aber Nichtstun verändert Landschaft auch: durch Trockenheit, Hitze, Waldschäden, Starkregen und Hochwasser.

Reizworte statt Fakten?

Auf den verbreiteten Blättern werden auch typische Bedenken genannt: Dauerlärm, Infraschall, Sorgen um Gesundheit, Wertverlust von Häusern und Grundstücken, Nachteile für Tourismus und Lebensqualität.

Diese Punkte darf man nicht einfach abtun.

Lärm muss geprüft werden. Abstände müssen geprüft werden. Artenschutz muss geprüft werden. Auswirkungen auf Mensch und Natur müssen ernst genommen werden.

Aber es ist ein Unterschied, ob man solche Fragen prüft oder ob man sie als Schlagworte auflistet, damit sie möglichst bedrohlich wirken.

Gerade beim Thema Infraschall wird seit Jahren mit Unsicherheit gearbeitet. Die wissenschaftliche Einordnung ist deutlich differenzierter, als viele zugespitzte Darstellungen vermuten lassen.

Auch hier gilt: Wer Sorgen ernst nimmt, muss sauber erklären. Nicht nur Reizworte sammeln.

Wenn Infos fehlen

Mich ärgert nicht, dass Menschen protestieren.

Mich ärgert, wenn ein dramatisches Bild mehr Aufmerksamkeit bekommt als Planungsunterlagen. Wenn Behauptungen schneller laufen als Einordnungen. Wenn in der Zeitung über „Widerstand“ berichtet wird, aber zu wenig hinterfragt wird, welche Bilder, Begriffe und Verkürzungen diesen Widerstand antreiben.

Denn so entsteht ein Informationsvakuum.

Und dieses Vakuum wird gefüllt: mit Sharepics, Aushängen, Gerüchten und immer neuen Zuspitzungen.

Deshalb müssen Verwaltung, Gemeinderat, Regionalwerk und Medien verständlicher erklären, was geplant ist und was nicht. Nicht erst dann, wenn die Stimmung bereits kippt. Sondern frühzeitig.

Ja, der Bebauungsplan war öffentlich einsehbar. Und ja, die Unterlagen stehen auch online. Aber damit ist die Informationsfrage noch nicht erledigt. Ein Bebauungsplan ist kein niedrigschwelliger Erklärtext. Man muss ihn finden, lesen, einordnen und verstehen können. Für viele Bürgerinnen und Bürger ist das eine hohe Hürde.

Genau deshalb hätte aus meiner Sicht eine gut beworbene öffentliche Informationsveranstaltung Sinn ergeben: Was ist geplant? Welche Fläche ist betroffen? Was bedeutet klassische Freiflächen-PV? Welche Begrünung ist vorgesehen? Welche Pflegeauflagen gibt es? Wer ist zuständig? Wer profitiert? Und an wen kann man sich mit Fragen wenden?

Denn wer im Rathaus oder Bürgerbüro anruft und einfach wissen möchte, was da eigentlich los ist, braucht eine klare Anlaufstelle. Es reicht nicht, wenn Informationen irgendwo formal vorhanden sind. Sie müssen auch verständlich, auffindbar und vermittelbar sein.

Das ist kein Vorwurf an einzelne Mitarbeitende. Nicht jede Stelle kann jede Fachfrage beantworten. Aber gerade deshalb braucht es klare Zuständigkeiten und verständliche Kommunikation. Wer Fragen hat, sollte nicht erst herausfinden müssen, ob Gemeinde, Regionalwerk, Regionalverband oder Vorhabenträger zuständig ist.

Die Menschen müssen wissen:

- Welche Flächen sind betroffen?
- Was ist beschlossen und was nicht?
- Welche Verfahren laufen?
- Welche Rechte haben Bürgerinnen und Bürger?
- Welche Rolle spielt das Regionalwerk Unterallgäu?
- Welche Möglichkeiten der Beteiligung gibt es?

Wer diese Fragen nicht beantwortet, darf sich nicht wundern, wenn andere die Antworten liefern.

Kommunal gestalten

Gerade beim Regionalwerk Unterallgäu sehe ich deshalb eine Chance. Nicht, weil dadurch automatisch jedes Projekt richtig ist. Auch ein kommunales Unternehmen muss transparent arbeiten, gut erklären und sich Kritik stellen.

Aber regionale und kommunale Steuerung ist etwas anderes als ein rein privates Investorenmodell. Wenn Energieprojekte vor Ort mitgestaltet werden, können Gemeinden und Bürgerinnen und Bürger eher Einfluss nehmen.

Basilika und Blickwinkel

In Ottobeuren fällt in der Windkraftdebatte immer wieder ein Satz: Der Blick auf die Basilika müsse geschützt werden.

Ich verstehe diesen Gedanken.

Die Basilika ist nicht irgendein Gebäude. Sie prägt Ottobeuren. Sie ist Identifikationspunkt, Kulturgut und Teil unseres Ortsbildes.

Aber auch hier braucht es Maß und Ehrlichkeit.

Der Blick auf die Basilika darf nicht zum Argument werden, mit dem jede sichtbare Veränderung verhindert wird. Das haben wir damals bei der Diskussion um die [nächtliche Abschaltung der Straßenbeleuchtung](#) ebenfalls gemerkt, als von der Basilika als Orientierung und touristisches Aushängeschild während der Nachtstunden gesprochen wurde.

Heimat besteht nicht nur aus einem historischen Bauwerk. Heimat besteht auch aus den Menschen, die hier leben, arbeiten, heizen, Strom verbrauchen, Landwirtschaft betreiben und Verantwortung für kommende Generationen tragen.

Wenn jede Veränderung sofort als Verschandelung gilt, bleibt am Ende Stillstand.

Und Stillstand ist keine Heimatpolitik.

Klimaschutz ist Heimatschutz

Für mich bleibt der zentrale Satz: **Klimaschutz ist Heimatschutz.**

Aber nicht als Parole, sondern als nüchterne Beschreibung der Lage.

Wer Wälder, Landwirtschaft und Lebensqualität schützen will, muss über [Klimawandel](#), [Energieversorgung](#), Sonne, Wind, Speicher und Netze sprechen.

Natürlich braucht es Natur- und Artenschutz. Natürlich braucht es Rücksicht auf Anwohnerinnen und Anwohner. Aber diese Fragen müssen mit Fakten beantwortet werden, nicht mit Montagen, Symbolbildern und Untergangssprache.

Meine Bitte

Teilt nicht alles, nur weil es eure Sorge bestätigt.

Fragt nach Quellen. Schaut auf Planungsunterlagen. Besucht Gemeinderatssitzungen, Bürgerversammlungen und öffentliche Informationsveranstaltungen. Und fragt dort nach, wo die jeweilige Information tatsächlich liegt: bei der Gemeinde, beim Regionalverband, beim Regionalwerk oder beim jeweiligen Vorhabenträger.

Nicht jede Stelle kann jede Frage beantworten. Gerade deshalb ist es wichtig, nicht nur Sharepics weiterzuleiten, sondern gezielt nachzufragen.

Nehmt Sorgen ernst, aber prüft Behauptungen.

Und vor allem: Lasst euch nicht einreden, dass erneuerbare Energien automatisch ein Angriff auf unsere Heimat sind.

Der eigentliche Angriff auf unsere Heimat wäre – und da wiederhole ich mich gern – nichts zu tun.

Hinweis

Stand der Recherche

Dieser Artikel gibt den Stand meiner Recherche vom 19. Mai 2026 wieder.

Grundlage waren öffentlich sichtbare Aushänge und Sharepics, die Webseite von ProNatur Ottobeuren, die dort veröffentlichte Unterschriftenliste zum Bürgerbegehren sowie öffentlich zugängliche Informationen von Gemeinde, Regionalverband, Umweltbehörden und Fachstellen.

Spätere Änderungen an Webseite, Logo, Unterlagen oder Aussagen von ProNatur Ottobeuren können hier möglicherweise noch nicht berücksichtigt sein.

Der Artikel wurde von mir redaktionell verantwortet. KI-Werkzeuge wurden unterstützend für Recherche, Strukturierung und sprachliche Überarbeitung genutzt.

RECHERCHE & QUELLEN

Grundlage dieses Artikels sind öffentlich zugängliche Planungsunterlagen, Informationen von Umweltbehörden, regionale Quellen sowie die von ProNatur Ottobeuren veröffentlichten Materialien zum Bürgerbegehren.

Ergänzend habe ich vor Veröffentlichung telefonisch beim Bürgerbüro Ottobeuren und beim Regionalwerk Unterallgäu nachgefragt. Nach Auskunft des Regionalwerks ist bei den diskutierten PV-Flächen keine Agri-PV, sondern klassische Freiflächen-Photovoltaik geplant.

- Markt Ottobeuren – Bebauungsplan „Sondergebiet PV-Anlage Oberhaslach“
(<https://www.ottobeuren.de/de/marktgemeinde/rathaus/pdf/251014-Satzung-B-Plan-Sondergebiet-PV-Anlage-Oberhaslach.pdf>)
- Umweltbundesamt – Photovoltaik-Freiflächenanlagen
(<https://www.umweltbundesamt.de/themen/klima-energie/erneuerbare-energien/photovoltaik/photovoltaik-freiflaechenanlagen>)
- (<http://www.kempton.de>)Regionalverband Donau-Iller – Teilfortschreibung Windenergie
(https://www.rvdi.de/fileadmin/Regionalplan/beteiligung/Infoveranstaltung_Wind_Webversion.pdf)
)

- Regionalwerk Unterallgäu – kommunale Energieprojekte im Unterallgäu
(<https://www.regionalwerk-unterallgaeu.de/ueber-uns/>)

Weitere Quellen

Lokale Debatte & Primärmaterial

- ProNatur Ottobeuren – verbreitete Flyer, Sharepics und Aushänge zur Debatte um Freiflächen-PV und Windkraft in Ottobeuren, Boschach, Oberhaslach und Unterhaslach
Hinweis: Das Material lag als Aushang bzw. geteiltes Bildmaterial vor.
- ProNatura Ottobeuren – Unterschriftenliste zum Bürgerbegehren „Keine Windkraftanlagen auf Grundstücken, die im Eigentum des Marktes Ottobeuren stehen“
Hinweis: Die Liste bezieht sich auf gemeindeeigene Grundstücke im Vorranggebiet „Oberer Wald“.
- Stellungnahme von Bündnis 90/Die Grünen Ottobeuren vom 16. Februar 2026: *Windenergieanlagen und Freiflächen-Photovoltaik in und um Ottobeuren* (<https://gruene-unterallgaeu.de/wp-content/uploads/2026/02/Stellungnahme-zu-PV-Freiflaechen-und-Windenergieanlagen-B90Gruene-Ottobeuren-16.02.2026.pdf> target=)
Hinweis: Lokale politische Einordnung zu Vorranggebieten, Regionalwerk, Freiflächen-PV, Agri-PV und Bürgerbeteiligung.
- Markt Ottobeuren – veröffentlichte Beschlüsse des Marktgemeinderates
(<https://www.ottobeuren.de/vg-ottobeuren/marktgemeinde/politik/beschluesse-marktgemeinderat.php>)
- Markt Ottobeuren – Klarstellung zu Photovoltaik, Energiewende und Windkraft
(https://www.ottobeuren.de/de/marktgemeinde/aktuelles/pdf/Klarstellung_Photovoltaik_Energiewende_Windkraft.pdf)

Windvorranggebiete & Regionalplanung

- Regionalverband Donau-Iller – Informationsunterlagen zur Teilfortschreibung Windenergie
(https://www.rvdi.de/fileadmin/Regionalplan/beteiligung/Infoveranstaltung_Wind_Webversion.pdf)
- Regionalverband Donau-Iller – Erläuterungsbericht zur 5. Teilfortschreibung „Nutzung der Windkraft“ (https://www.rvdi.de/fileadmin/Regionalplan/TFS_5/TFS_5_Erlaeuterungsbericht.pdf)
- Regionalverband Donau-Iller – Umweltbericht zur Teilfortschreibung Windenergie
(https://www.rvdi.de/fileadmin/Regionalplan/Teilfortschreibung_Windkraft/2024-07-02_VV/2024-07-02_Umweltbericht.pdf)

Photovoltaik, Agri-PV & Flächennutzung

- Umweltbundesamt – Photovoltaik-Freiflächenanlagen
(<https://www.umweltbundesamt.de/themen/klima-energie/erneuerbare-energien/photovoltaik/photovoltaik-freiflaechenanlagen>)
- Umweltbundesamt – Flächenrucksäcke von Gütern und Dienstleistungen
(<https://www.umweltbundesamt.de/publikationen/flaechenrucksaecke-von-guetern->

dienstleistungen)

- Regionalwerk Unterallgäu – Informationen zu Freiflächen-PV, Agri-PV, Windkraft und Speicherprojekten (<https://www.regionalwerk-unterallgaeu.de/>)
- Regionalwerk Unterallgäu – Über uns (<https://www.regionalwerk-unterallgaeu.de/ueber-uns/>)

Windkraft, Lärm & Infraschall

- Umweltbundesamt – Lärm von Windenergieanlagen
(<https://www.umweltbundesamt.de/themen/verkehr-laerm/nachbarschaftslaerm-laerm-von-anlagen/laerm-von-windenergieanlagen>)
- Umweltbundesamt – Infraschall einfach erklärt
(<https://www.umweltbundesamt.de/publikationen/infraschall-einfach-erklaert>)
- Energie-Atlas Bayern – Schall und Infraschall bei Windenergieanlagen
(<https://www.energieatlas.bayern.de/erneuerbare-energien/windenergie/wissen/emissionen/infraschall-schall>)

Kommunale Steuerung & regionale Energiewende

- Regionalwerk Unterallgäu – kommunales Unternehmen für regenerative Energieprojekte
(<https://www.regionalwerk-unterallgaeu.de/ueber-uns/>)
- Regionalwerk Unterallgäu – gemeinschaftliche Energieerzeugung im Unterallgäu
(<https://www.regionalwerk-unterallgaeu.de/>)